

Antrag

der Abgeordneten Holger Haibach, Dr. Martina Krogmann, Melanie Oßwald, Hermann Gröhe, Dr. Norbert Lammert, Rainer Eppelmann, Dr. Egon Jüttner, Irmgard Karwatzki, Daniela Raab, Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, Hubert Hüppe, Volker Kauder, Julia Klöckner, Werner Lensing, Albert Rupprecht (Weiden), Dr. Wolfgang Schäuble, Arnold Vaatz und der Fraktion der CDU/CSU

Presse- und Meinungsfreiheit im Internet weltweit durchsetzen – Journalisten, Menschenrechtsverteidiger und private Internetnutzer besser schützen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Als weltweit verfügbares Medium der Massenkommunikation zur Verbreitung von Nachrichten und Informationen hat das Internet in den vergangenen Jahren stark an Bedeutung zugenommen. In vielen Ländern nutzen Menschen das Internet zur Meinungsäußerung und zur politischen Arbeit; Journalisten veröffentlichen Reportagen und Beiträge in Onlinemedien, um über die menschenrechtliche Situation in ihren Heimatländern zu berichten.

In den letzten Jahren hat jedoch auch die Zahl der verhafteten und verurteilten Journalisten und Menschenrechtsverteidiger zugenommen, die das Internet und E-Mails für die Veröffentlichung und Weitergabe von Informationen genutzt haben. Viele Regierungen reagieren auf kritische Äußerungen in Onlinemedien, Internetforen und Onlinetagebüchern, so genannten Weblogs, mit strafrechtlichen Sanktionen gegenüber den Betroffenen. Sie werden unter Anklage gestellt, erhalten häufig keinen fairen Prozess. Die zunehmende Verschärfung der Zugangskontrolle zum Internet in vielen Ländern, vielfach verbunden mit der polizeilichen und elektronischen Überwachung von Internetcafés, stellt eine Verletzung der Presse- und Meinungsfreiheit dar. Verstöße gegen die Nutzungsbeschränkungen oder Zensurerlasse werden in der Regel mit teilweise langjährigen Haftstrafen geahndet. Darüber hinaus wird die Presse- und Meinungsfreiheit durch solche Regierungen und undemokratische Regime weitgehend eingeschränkt oder gar ausgeschaltet. Häufig werden diese Zensurmaßnahmen damit begründet, man wolle die Bevölkerung vor „schlechten und schädlichen Informationen“ schützen und diese eindämmen. Nach Informationen der Nichtregierungsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ waren im Mai 2004 allein 74 so genannte Cyberdissidenten inhaftiert; die überwiegende Zahl der Verhaftungen wurde aus China gemeldet.

Aber auch aus vielen anderen Ländern, insbesondere dem größeren Mittleren Osten und in Afrika, werden strenge Zensurmaßnahmen und Zugangsbeschränkungen berichtet. So ist nach einer neuen Studie des „Arabic Network for Human Rights Information“ in vielen Ländern dieser Region kaum möglich, Websites mit kritischen oder oppositionellen Meinungen zu verbreiten oder das Internet ungehindert zu nutzen.

Allerdings dürfen Presse- und Meinungsfreiheit nicht dazu missbraucht werden, die Würde des Menschen, wie etwa durch die Verbreitung von Kinderpornographie, zu verletzen, politischen Extremismus zu verbreiten oder terroristische Netzwerke aufzubauen. Daraus resultierende erforderliche Einschränkungen für die Nutzung des Internets müssen so gestaltet sein, dass Journalisten und Menschenrechtsverteidiger frei und ungehindert arbeiten können.

Jeder politisch motivierten Tendenz zur Einschränkung der Nutzung der neuen Medien muss Einhalt geboten werden und ein besserer Schutz für die Arbeit von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern, aber auch die Gewährung der Freiheit privater Nutzer des Internets, erreicht werden. Deutschland, die Europäische Union sowie die internationale Staatengemeinschaft sind daher dazu aufgerufen, solche Verletzungen grundlegender Freiheitsrechte wiederholt in ihren bi- und multilateralen Kontakten mit den betreffenden Regierungen anzusprechen und auf die umfassende Verwirklichung dieser Rechte hinzuwirken. Gerade das Internet als weltweites Kommunikationsmedium ist bestens geeignet, die Kenntnis von Menschenrechtsverletzungen einer großen Öffentlichkeit zugänglich zu machen und gleichzeitig den Schutz für Menschenrechtsverteidiger durch eine größere Öffentlichkeit zu verbessern.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

- sich zusammen mit den europäischen Partnern für eine effektive Bekämpfung der Zensur des Internets im politischen Bereich einzusetzen und allen gegenteiligen Bestrebungen von Seiten anderer Regierungen entschieden entgegenzutreten;
- dem Deutschen Bundestag jährlich über die Umsetzung der auf der Sitzung der VN-Menschenrechtskommission 2004 angenommenen Resolution zum Recht auf Meinungsfreiheit und Meinungsäußerung (The right to freedom of opinion and expression, Nr. 2004/42) Bericht zu erstatten;
- die Unterzeichner der Resolution zum Recht auf Meinungsfreiheit und Meinungsäußerung zu deren genauer und effektiver Einhaltung zu drängen sowie weitere Staaten zur Unterzeichnung dieser Resolution zu gewinnen;
- bei der Vorbereitung des nächsten Weltgipfels der Informationsgesellschaft (WSIS) im November 2005 in Tunis darauf zu drängen, dass das Thema Menschenrechte und Meinungs- und Pressefreiheit in digitalen Medien diskutiert und ein klares Bekenntnis zum Verbot von politischer Zensur abgelegt wird;
- sich aktiv für die Umsetzung der „Declaration of Principles“ des Weltgipfels der Informationsgesellschaft vom 12. Dezember 2003 einzusetzen und einen besonderen Schwerpunkt auf die Forderung nach freiem und ungehindertem Zugang zu Informationen sowie die Einhaltung der Meinungsfreiheit auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zu legen;
- mit dafür Sorge zu tragen, dass Journalisten weltweit ungehindert ihrer Arbeit nachgehen und ihre Ergebnisse ungestraft publizieren und über das Internet sowie andere elektronische Medien verbreiten können;
- sich für einen besseren Schutz von Menschenrechtsorganisationen und Menschenrechtsverteidigern einzusetzen, die das Internet weltweit als Plattform für ihre Arbeit nutzen;
- in bi- und multilateralen Kontakten mit der chinesischen Regierung dringend die Freilassung von derzeit über 60 verhafteten Cyberdissidenten zu fordern, sich für faire Prozesse für die Betroffenen einzusetzen sowie gegen die Zensurmaßnahmen, zahllose Websites zu sperren, und gegen die Überwachung von Usern in Internetcafés und sonstigen Einrichtungen zu protestieren;

- die Regierung von Vietnam aufzufordern, die im Mai 2004 erlassenen Bestimmungen zur Beschränkung des Zugangs der Bevölkerung zum Internet und die bereits früher erlassenen Zwangsregistrierungen beim Besuch von Internetcafés aufzuheben, da die Bestimmungen dem alleinigen Zweck dienen, durch schärfere Kontrollen politische Dissidenten und Oppositionelle am Informationsaustausch zu hindern;
- die Regierung von Nord-Korea darauf hinzuweisen, dass die Gewährung von Presse- und Meinungsfreiheit sowie freier Zugang zum Internet grundlegend für einen Dialog mit der internationalen Staatenwelt sind;
- auf die Regierung von Kuba einzuwirken, um der Bevölkerung einen freien Zugang zu Computern und zum Internet zu ermöglichen, sowie darauf zu drängen, die politische Zensur von Usern und des E-Mail-Verkehrs einzustellen;
- auf die iranische Regierung einzuwirken, dass die von der Regierung verhängten Einschränkungen, bestimmte politische Webseiten aufzusuchen, aufgehoben werden;
- auf die iranische Regierung einzuwirken, dass Internetuser ohne Angst vor staatlicher Verfolgung auch Weblogs zu freien Meinungsäußerungen nutzen können;
- die Regierung von Saudi-Arabien aufzufordern, die Sperrung der nach eigenen Angaben beinahe 400 000 Internetseiten aufzuheben, unter denen sich viele mit Menschen- und insbesondere mit Frauenrechten beschäftigen;
- auf die Regierung von Syrien einzuwirken, den Zugang zum Internet nicht länger zu behindern und die Sperrung von Seiten sowie die Zensur von Inhalten aufzuheben;
- auf die tunesische Regierung einzuwirken, dass allen Menschenrechtsorganisationen und sonstigen Nichtregierungsorganisationen eine ungehinderte und unzensurierte Teilnahme am Weltgipfel der Informationsgesellschaft nicht verweigert wird;
- zusammen mit den europäischen Partnern der tunesischen Regierung klar zu machen, dass langjährige Haftstrafen für Verurteilte aufgrund der Lektüre ausländischer Internetseiten als Mittel der Zensur im Rahmen der Mittelmeer-Partnerschaft keinesfalls akzeptiert werden können sowie sich gegenüber der tunesischen Regierung gegen die langfristige Speicherung und Überwachung von Kundendaten von Internet Providern auszusprechen;
- zusammen mit den EU-Partnern der Regierung von Belarus deutlich zu machen, dass sie die Sperrung von oppositionellen Websites, Überwachung von Internetzugängen, Internetcafés sowie die Verhaftung von Journalisten aufgrund von Onlinepublikationen strikt verurteilt und deren Rücknahme erwartet;
- sich bei der türkischen Regierung dafür einzusetzen, Internetseiten nicht mehr politisch zu zensieren oder zu blockieren sowie die Überwachungen von Internetcafés einzustellen.

Berlin, den 21. September 2004

Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

